

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 133. und 134. Ratssitzung vom 11. Juli 2012**

### **2929. 2012/206**

#### **Weisung vom 23.05.2012: Zusatzkredite I. Serie 2012**

Eintretensdebatte:

Namens der RPK stellt der Präsident Roger Liebi (SVP) den Bericht der RPK und die Weisung zu den Zusatzkrediten I. Serie 2012 vor.

**Roger Liebi (SVP):** *Bei den Zusatzkrediten der ersten Serie 2012 sind zusätzliche Ausgaben in der Höhe von 29 441 200 Franken für die laufende Rechnung zu bewilligen und 1 110 000 Franken für Investitionen. Zu den ordentlichen Zusatzkrediten: Die RPK beschäftigte sich besonders mit der Umsetzung der im Rahmen des Budgets 2012 beschlossenen Pauschalkürzungen. Der Stadtrat interpretierte den damaligen Pauschalkürzungsantrag so, dass in allen Departementen prozentual identisch gespart werden soll. Die RPK hält dieses Vorgehen für zulässig, hätte sich aber einige Schwerpunkte gewünscht. Die Botschaft des Gemeinderats anlässlich der Budgetdebatte bezüglich der verlangten Reduktion der Kommunikationsstellen in der städtischen Verwaltung wurde offensichtlich nicht aufgenommen. In der Budgetdebatte 2011 wurde explizit die Kürzung von vier Kommunikationsstellen gefordert. Doch der Stadtrat hat die 200 000 Franken linear auf alle Departemente verteilt und in den entsprechenden Konten Posten gekürzt. Die RPK erwartet vom Stadtrat, dass die Entscheidungen des Gemeinderats auch im Sinne des Gemeinderats umgesetzt werden und nicht in einer stadträtlichen Interpretation. Zu den ordentlichen Kreditübertragungen: Gemäss Accounting Manual muss bei Kreditübertragungen ein sachlicher Zusammenhang zwischen den Konten bestehen. Kreditübertragungen mit dem alleinigen Zweck der Kreditausschöpfung sind nicht gestattet. Der Stadtrat hat jedoch in mehreren Fällen Anträge für Kreditübertragung ohne inneren Zusammenhang gestellt. Es stellt sich auch die Frage, ob der Gemeinderat bei Verweigerung von Kreditübertragungen gleichzeitig zusätzliche Ausgaben bewilligen darf. Wegen dieser Unsicherheiten sollte der Stadtrat künftig die gesetzlichen Vorschriften einhalten.*

Fraktionserklärung: siehe Protokoll Nr. 2930

## Antrag des Stadtrats

A. Für das Jahr 2012 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

<b>1. Zusatzkredite</b>		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	199 000	–	199 000
15	Präsidialdepartement	265 000	150 000	415 000
20	Finanzdepartement	3 240 300	–	3 240 300
25	Polizeiddepartement	588 000	960 000	1 548 000
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	737 800	–	737 800
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	1 028 800	–	1 028 800
40	Hochbaudepartement	723 000	–	723 000
45	Departement der Industriellen Betriebe	–	–	–
50	Schul- und Sportdepartement	21 762 900	–	21 762 900
55	Sozialdepartement	896 400	–	896 400
<b>Total Verwaltungsrechnung</b>		<b>29 441 200</b>	<b>1 110 000</b>	<b>30 551 200</b>
<b>2. Kreditübertragungen</b>		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	50 000	–	50 000
		–0	–0	–0
15	Präsidialdepartement	160 000	–	160 000
		–810 000	–0	–810 000
20	Finanzdepartement	790 600	–	790 600
		–166 000	–0	–166 000
25	Polizeiddepartement	455 000	–	455 000
		–455 000	–0	–455 000
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	35 400	–	35 400
		–0	–0	–0
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	–	350 000	350 000
		–50 000	–350 000	–400 000
40	Hochbaudepartement	–	–	–
		–0	–0	–0
45	Departement der Industriellen Betriebe	–	–	–
		–0	–0	–0
50	Schul- und Sportdepartement	1 384 500	–	1 384 500
		–1 384 500	–0	–1 384 500
55	Sozialdepartement	4 242 300	–	4 242 300
		–4 252 300	–0	–4 252 300
<b>Total Verwaltungsrechnung</b>		<b>7 117 800</b>	<b>350 000</b>	<b>7 467 800</b>
		<b>–7 117 800</b>	<b>–350 000</b>	<b>–7 467 800</b>

3 / 43

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass			
	Fr.	Fr.	Fr.
<b>a) in der Laufenden Rechnung</b>			
– den Zusatzkrediten von	29 441 200		
– den Kreditübertragungen von	7 117 800	<b>36 559 000</b>	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
– verursachte Minderaufwendungen			
aus den Kreditübertragungen von	7 117 800		
– durch Minderaufwendungen/Mehrerträge aus			
den Zusatzkrediten von	3 035 500	<b><u>10 153 300</u></b>	
sodass sich Netto-Mehraufwendungen			
ergeben von			<b>26 405 700</b>
<b>b) in der Investitionsrechnung</b>			
– den Zusatzkrediten von	1 110 000		
– den Kreditübertragungen von	350 000	<b>1 460 000</b>	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
– verursachte Minderausgaben aus den			
Kreditübertragungen von	350 000		
– durch Minderausgaben/Mehreinnahmen aus			
den Zusatzkrediten von	–	<b><u>350 000</u></b>	
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von			<b>1 110 000</b>
und somit die gesamtstädtische Rechnung insgesamt			
belastet wird mit netto			<b>27 515 700</b>

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Martin Vollenwyder:** *Insbesondere bei den Kommunikationsstellen mögen die Begründungen tatsächlich etwas kurz ausgefallen sein. Für uns war der finanzielle Aspekt sehr wichtig. Wir haben ihn umgesetzt, aber im Moment auf die Streichung von Stellen verzichtet. Wir haben der Kommunikationsleiterkonferenz einen Auftrag gegeben, zu untersuchen, wie die Kürzung von Personal umgesetzt werden könnte. Es ist aber zu beachten, dass Stellenstreichungen jeweils nicht sofort vorgenommen werden können. Ein zweiter Punkt: Am 3. September werden wir mit der RPK über die Pauschalkürzungen sprechen. Zu den ordentlichen Kreditübertragungen: Das Accounting Manual ist keine gesetzliche Grundlage, sondern ein internes Reglement, eine Handlungsanweisung für die Departemente. Je nach der Entwicklung von Arbeiten können diese intern oder müssen diese extern ausgeführt werden und so entstehen zum Beispiel innere Zusammenhänge.*

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite I. Serie 2012 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zu Dispositiv A) zu genehmigen:

4 / 43

### 1.1 Dringliche Zusatzkredite

Es wurden keine dringlichen Zusatzkredite beantragt.

### 1.2 Dringliche Kreditübertragungen

Es wurden keine dringlichen Kreditübertragungen beantragt.

### 2.1 Ordentliche Zusatzkredite

#### Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** *Es geht um einen Zusatzkredit von 150 000 Franken zugunsten der Opernhaus Zürich AG. Die Stadt Zürich gab das Opernhaus vor vielen Jahren ab. Die Subventionen fliessen in grossem Masse vom Kanton. Die kleine Beteiligung der Stadt soll nun erhöht werden. Die Minderheit hält diese Erhöhung nicht für notwendig. Bei den Rückfragen erhielten wir interessante Antworten: Auf die Frage nach dem Grund für die Erhöhung lautete die Antwort, es gäbe eine klare Absprache zwischen dem Kanton und der Stadt, dass man bei Aktienkapitalerhöhungen mitziehe. Nach einer erneuten Nachfrage hiess es in einer zweiten Antwort, dass keine Absprachen existierten. Der Stadtrat begründet seine Praxis nun mit dem Verhalten des Kantons beispielsweise beim Schauspielhaus oder dem Theater am Neumarkt. Damals zog der Kanton auch bei der Kapitalerhöhung mit. Es ist fraglich, ob man sich heute auf jene Handlungsweise berufen soll, insbesondere, wenn keine andere Absprache existiert. Es wurde auch erwähnt, dass die Stadt einen grossen Reputationsschaden erleiden würde, sollte die Kapitalerhöhung nicht vorgenommen werden. Davon kann keine Rede sein. Die 150 000 Franken können guten Gewissens weggelassen werden. Die Erhöhung ist nicht notwendig. Das Opernhaus liess sich bis anhin auch ohne diese Beitragserhöhung gut führen.*

**Samuel Dubno (GLP):** *Wie das üblich ist bei Aktienkapitalerhöhungen, erhalten die bisherigen Aktionäre ein Recht, sich an der Erhöhung zu beteiligen. Die Stadt Zürich möchte von diesem Recht Gebrauch machen, die Mehrheit der RPK erachtet dies als richtig. Der Kanton kam seinen Verpflichtungen ebenfalls immer nach, wenn es um Aktienkapitalerhöhungen wie beispielsweise beim Schauspielhaus ging. Der Teil der Aufgabentrennung zwischen Stadt und Kanton – die Eigentumsverhältnisse – war damals nicht betroffen. Entsprechend handelt es sich auch heute um ein Investitionskonto, auf das die 150 000 Franken gebucht werden. Die Mehrheit der RPK ist dafür, dass man dieser Verpflichtung und dieser Usanz nachkommt. Die Aussage, es handle sich um eine klare Abmachung, war nicht glücklich formuliert. Doch sie ist kein Grund, die Erhöhung abzulehnen.*

S. 3	<b>15 1501 550011</b>	<b>Präsidialdepartement Kultur Beteiligung an Aktienkapitalerhöhung der Opernhaus Zürich AG</b>		
<b>1)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	150 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wylter (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	150 000		
	Begründung	Die bisherige Beteiligung der Stadt Zürich reicht vollkommen aus. Oper ist kantonale Angelegenheit		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *In Zusammenarbeit mit dem Magazin «Hochparterre» soll ein Sonderheft zum Thema «Nachhaltig Sanieren» publiziert werden. Gemäss Weisung wolle man die Personen, die gute Arbeit geleistet hätten, nicht nur intern ehren, sondern ihre Arbeit würdig und breit der Öffentlichkeit vorstellen. Dies soll durch ein Heft erfolgen, dessen Produktion mindestens 65 000 Franken kosten soll. Wir erhalten jedes Jahr zahlreiche Hochglanzbroschüren. Hier gäbe es durchaus andere Möglichkeiten wie zum Beispiel die elektronische Verbreitung oder die Verbreitung via Pressemitteilungen. Weiter gibt es Verbände wie den Hauseigentümergeverband. Es existieren genug Möglichkeiten, um jemanden zu ehren, der sich verdient gemacht hat.*

**Walter Angst (AL):** *Wenn wir ein Projekt nachhaltig sanieren möchten und wollen, dass die Hauseigentümer andere Varianten als die in der Stadt Zürich übliche Vorgehensweise der Totalsanierung mit neuen Mietern und doppelt so hohen Wohnungsmieten fördern, sollte wir angemessen kommunizieren, sonst macht der Wettbewerb keinen Sinn. Kommuniziert werden sollte nicht durch eine Stadtratsmitteilung, sondern mittels einer geeigneten Publikation. Im Bereich der Architektur ist dies das Magazin «Hochparterre».*

Weitere Wortmeldungen:

**Jean-Claude Virchaux (CVP):** Die Zusatzkredite sind ein Instrument, mit dem zusätzliche Beträge beantragt werden, die zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt waren. Wenn nun Ablehnungsanträge gestellt werden mit der Begründung, es bestehe keine Dringlichkeit, hat man das Instrument des Zusatzkredits nicht verstanden. Im Budget 2013 ist der Betrag nicht vorhanden. Die Verhältnismässigkeit sollte beachtet werden und das Instrument des Zusatzkredits ist seinem Zweck entsprechend zu betrachten.

**Samuel Dubno (GLP):** Die Frage ist: Wird durch die Medienpartnerschaft wirklich ein Nachahmungseffekt für nachhaltiges Sanieren hervorgerufen? Für dieses Sonderheft werden vermutlich vor allem Hochglanz-Projekte prämiert werden. Private Projekte, bei denen sehr auf das Budget geachtet werden muss, werden wohl nicht gewinnen. Sonderhefte sind für Verlage eine Möglichkeit, viel Geld zu generieren. Beim Thema nachhaltiges Sanieren wird der Inhalt durch diverse Juryberichte ergänzt. Hier lassen sich bestimmt viele Inserenten finden. Damit lässt sich dieses Heft bestens finanzieren. Aus diesen Gründen erachtet die RPK-Minderheit die 65 000 Franken nicht als notwendig.

**Roger Liebi (SVP):** Beim vorliegenden Zusatzkredit geht es um ein im April 2012 lanciertes Projekt. In der Budgetdebatte 2011 wollte man davon noch nichts wissen und nun wird ein neues Produkt vorgestellt. Gemäss Finanzverordnung ist es jedoch wie folgt: Zeigt sich im Laufe des Rechnungsjahres, dass einzelne Voranschlagskredite nicht ausreichend sind, so hat der Stadtrat dem Gemeinderat ein Zusatzkreditbegehren zu stellen. Über diesen Voranschlagskredit haben wir jedoch nie gesprochen. Es handelt sich um ein neues Produkt. Deshalb sind wir dagegen. Der Kredit kann auf nächstes Jahr beantragt und dann umgesetzt werden. Es besteht keine Dringlichkeit.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Die Auszeichnung «Nachhaltige Sanierungen» ist einer der Punkte, die der Stadtrat in seinem Programm «Wohnen» aufgenommen hat. Es geht darum, herausragende Sanierungsprojekte, die nachhaltig sind – ökologisch nachhaltig, aber auch sozial nachhaltig und wirtschaftlich vertretbar – zu identifizieren und bekanntzumachen. Bei der Auszeichnung handelt es sich in diesem Sinne um ein Kommunikationsprojekt. Die Beispiele werden kommuniziert, damit sie bekannt werden und damit Nachahmerinnen und Nachahmer gefunden werden können, die von den bereits umgesetzten Projekten profitieren können. Diese Strategie war uns bereits bei der Lancierung des Wettbewerbs bekannt. Bei der Budgetierung für das Jahr 2012 war jedoch noch nicht bekannt, wie wichtig es ist, dass nicht wie ursprünglich geplant nur eine kleine Publikation entsteht, sondern eine breit gestreute, über etablierte Kanäle verbreitete Publikation. Das Magazin «Hochparterre» wird in 6 000 Exemplaren verteilt. Wir haben hier auch die Möglichkeit, das Magazin über eigene Kanäle zu verbreiten, damit ein Nachahmungseffekt hervorgerufen werden kann. Es macht keinen Sinn, dies erst 2013 vorzunehmen, denn die Jurierung wird im September stattfinden. Zum Zeitpunkt der damaligen Budgetierung verfügten wir noch nicht über die Erfahrungen, die beim Wettbewerbsprojekt der

*Sanierung «Gute Bauten der Stadt Zürich» gemacht wurden. Dort erwies sich, dass die Kommunikation über breit gestreute, professionelle Kanäle erfolgen muss. Das «Hochparterre» eignet sich hervorragend dafür. Wir verzichten auf eine eigene Publikation. Die Publikation wird über den Kanal des «Hochparterre» erfolgen, was sehr sinnvoll und effizient ist.*

S. 3	<b>15 1505 3107 0000</b>	<b>Präsidialdepartement Stadtentwicklung Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>		
<b>2)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	65 000	Mehrheit	Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	65 000		
	Begründung	Keine Dringlichkeit, kann auch 2013 nachgeholt und ordentlich budgetiert werden		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 57 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

### Antrag 3)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Roger Liebi (SVP):** *Es geht um einen Betrag, der dafür vorgesehen war, im Rahmen der HR-Diskussionen einen mehrtägigen Workshop durchzuführen. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass dieser Betrag und der mehrtägige Workshop auswärts nicht nötig sind, da die Stadt über genug angemessene Räumlichkeiten für einen Workshop verfügt.*

**Walter Angst (AL):** *Es geht um einen dreitägigen Workshop der HR-Plattform im Rahmen der Entwicklung einer HR-Strategie. Die Tagung fand im April statt, die Auswertung wird bald erfolgen. Das ist ein kleiner Schönheitsfehler für diesen Zusatzkredit. Doch es handelt sich um einen Versuch, mit einer HR-Strategie die verschiedenen Personen und Interessen zusammenzubringen. Daher scheint es sinnvoll, eine solche Tagung durchzuführen. Es wäre nicht angemessen, die Tagung in der Stadt Zürich mit 40 Personen in einem Sitzungszimmer durchzuführen. Wir sind der Meinung, dass 40 000 Franken für drei Tage und 40 Personen nicht überhöht sind.*

Weitere Wortmeldung:

**Samuel Dubno (GLP):** Es ist unbestritten, dass das HR eine Strategie benötigt. Mit den eigenen Mitarbeitern zusammen eine Strategie auszuarbeiten, ist für uns der sinnvollste Teil eines Strategieprozesses. Aus diesem Grund hätten wir dem Kredit ursprünglich zugestimmt. Nachdem wir jedoch festgestellt haben, dass im ordentlichen Budget für die HR-Strategie bereits rund 200 000 Franken für externe Beratungen eingestellt wurden, ist der zusätzliche Betrag für uns zu hoch. Wir lehnen die 40 000 Franken ab. Wir hätten vorgeschlagen, dass man im Rahmen der zweiten Serie der Zusatzkredite eine Kreditübertragung von Konto 3186 auf Konto 3170 vornehmen würde. Hier wäre auch ein innerer Zusammenhang gegeben.

S. 4	<b>20 2050 3170 0000</b>	<b>Finanzdepartement Human Resources Management Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>		
<b>3)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	40 000	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent; Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne)
	Neu	0	Mehrheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung	40 000		
	Begründung	Es gibt genügend Sitzungsräumlichkeiten etc., um eine HR Strategie ohne Zusatzreisekosten auszuarbeiten		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen zu.

#### Antrag 4)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Es geht um ein Zusatzkreditbegehren von 90 000 Franken für eine Mitarbeiterbefragung. Gemäss Weisung haben Abklärungen ergeben, dass bei der Befragung ein Drittel der Mitarbeiter nicht elektronisch, sondern nur per Post erreicht werden kann. Das wären 9 000 von 27 500 Mitarbeitern. Es würden jedoch 27 000 C4-Couverts mit 22 000 Rückantwortcouverts und 27 000 Remindern benötigt. Das bedeutet, dass alle Mitarbeiter mehr als einmal auf postalischem Weg angesprochen würden. Es gäbe – wie bereits in der Budgetdiskussion gefordert – bestimmt effizientere Lösungen. Der Vorschlag, die Mitarbeiterbefragungen zusammen mit den Lohnausweisen zu verschicken, wurde abgelehnt. Die Antwort lautete damals, dieses Vorgehen wäre zu umfangreich. Ein C4-Couvert bietet allerdings Platz für viele Seiten. In der HR-Begründung heisst es weiter, dass der Vorschlag aus technischen Gründen nicht realisierbar sei und der Versandstelle der Lohnabrechnungen nicht zumutbar sei.



**Walter Angst (AL):** Nach der ersten Mitarbeiterbefragung 2008 wird nun eine Folgebefragung durchgeführt. Ein dafür bestimmtes Institut wird die Befragung versenden und auswerten. Dabei geht es auch um Aspekte der Anonymität und Sicherheit, die beim Rücklauf eine wichtige psychologische Rolle spielen. Befragungen dieser Art können nicht zusammen mit Lohnausweisen oder ähnlichem verschickt werden. In der Budgetdebatte wurde entschieden, dass die Folgebefragung durchgeführt werden soll. Die Portokosten für den Versand von 27 000 Briefen nun nicht zu bewilligen, wäre etwas absurd.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Martin Vollenwyder:** Es wurde immer wieder gefordert, dass die Meinung der Mitarbeitenden zu ihrer Situation eingeholt werden müsse und hier ein anderer Umgang nötig sei. Nach vier Jahren wird nun eine Folgemitarbeiterbefragung durchgeführt. In der letzten Budgetdiskussion war der Betrag noch zu hoch. Nun haben wir ihn von 120 000 Franken auf 90 000 Franken gekürzt. Der Vorschlag, die Befragung zusammen mit den Lohnausweisen zu versenden, ist nicht umsetzbar. Der automatisierte Lohnversand würde unterbrochen. Auch der Datenschutz wäre ein Problem. Der Betrag sinkt nicht, wenn alles neu organisiert werden muss, und kann auch nicht weiter gesenkt werden. Der Betrag von 90 000 Franken für den Postversand scheint mir bei 27 500 Mitarbeitenden nicht sehr hoch.

S. 4	<b>20 2050 3181 0000</b>	<b>Finanzdepartement Human Resources Management Post- und Telekommunikationsgebühren</b>		
<b>4)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	90 000	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent
	Neu	0	Mehrheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			Enthaltung	Karin Rykart Sutter (Grüne)
	Verbesserung	90 000		
	Begründung	Wenn nicht per Email-Versand möglich, dann können die Fragebogen mit dem üblichen Lohnausweis versandt werden, unnötige Zusatzkosten		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 19 Stimmen zu.

Antrag 5)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Roger Liebi (SVP):** Bei den Zusatzkrediten von 70 000 Franken geht es um ein Bewertungssystem für das oberste Kader. Der entsprechende Stadtratsbeschluss wurde im Januar 2012 erteilt. Die Mehrheit der RPK sieht hier keine Dringlichkeit. Deshalb sollte der Betrag gestrichen werden. Man könnte den Betrag zudem auch 2013 nochmals einstellen.

**Walter Angst (AL):** Es geht um eine Anpassung beim Human Capital Management. Die Mitarbeiterbeurteilung soll nun auch für das Kader implementiert werden. Mit dem System soll eine grosse Anzahl Personen bewertet werden. Es ist hier sicher sinnvoll, mit dem Stadtrat zu stimmen.

S. 5	<b>20 2050 3189 0000</b>	<b>Finanzdepartement Human Resources Management Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>		
<b>5)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	70 000	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent; Karin Rykart Sutter (Grüne), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Neu	0	Mehrheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung	70 000		
	Begründung	Keine Dringlichkeit, kann auch 2013 implementiert werden		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Es geht hier um ein Zusatzkreditbegehren von 2,9 Millionen Franken aus dem Finanzdepartement. Die FDP hat nachträglich eine Änderung beschlossen. Mauro Tuena (SVP) wird Ihnen die Rückweisung beantragen.

**Mauro Tuena (SVP):** Die SVP hat die Budgets der OIZ anlässlich der Budgetdebatten immer wieder genau betrachtet. Diese Budgets sind sehr grosszügig geplant. In der Differenzbegründung schreibt der Stadtrat, dass er das Geld für nicht genau planbare externe Unterstützung für den Ausbau der gesamten IT-Infrastruktur in den neuen Rechenzentren benötige. In diesen hohen Beträgen, die ursprünglich für den Umzug budgetiert wurden, müssen die 2,9 Millionen Franken Platz haben. Ein Zusatzkredit ist nicht nötig. Die FDP scheint bei diesem Thema kurzfristig ihre Meinung geändert zu haben.

**Walter Angst (AL):** Bei der Budgetdebatte haben wir meines Wissens auf diesem Konto eine Pauschalkürzung beschlossen. Die OIZ ist die Dienstabteilung mit dem grössten Posten auf diesem Konto. Sie musste am meisten zu diesem Pauschalkürzungsantrag beitragen. Dementsprechend stimmt die Logik von Mauro Tuena (SVP), dass die Budgets der OIZ grosszügig geplant seien, nicht zu 100 %. Wir stehen durch den Umzug der Rechenzentren vor einer grossen Herausforderung. Es kann davon ausgegangen werden, dass Stadtrat Martin Vollenwyder dafür sorgt, dass das in diesem Jahr nicht benötigte Geld nicht ausgegeben wird. Deshalb wäre es sinnvoll, der OIZ das Geld zu geben, das sie benötigt, um den Umzug der Rechenzentren so weit wie möglich in diesem Jahr abzuschliessen.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Ich habe schon in der Budgetdebatte erwähnt, dass man einer Kürzung zustimmen kann, später aber Zusatzkredite bewilligen wird. Die Rechenzentren können nicht erst nächstes Jahr in Betrieb genommen werden. Wir sind uns einig, dass es die entsprechende Unterstützung braucht, um eine rechtzeitige Inbetriebnahme der Rechenzentren zu gewährleisten.

**Mauro Tuena (SVP):** Bei diesem Konto wurde in der Budgetdebatte eine pauschale Kürzung vorgenommen. Es ist immer wieder so, dass der Rat über etwas diskutiert und sich dann auf eine Kürzung oder eine Pauschalkürzung einigt. Der Stadtrat nimmt diese Entscheid jedoch zu wenig ernst und bringt die Angelegenheit zu einem späteren Zeitpunkt mit einem Zusatzkredit wieder. Wenn man sich schon darauf geeinigt hat, eine Kürzung durchzubringen, sollte man auch dabei bleiben, anstatt alles im Rahmen einer Zusatzkreditdebatte wieder ins Budget hineinzubringen.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Ich verstehe, dass beim Umzug einige Zusatzkosten entstehen. Doch die OIZ kann sich auch als Fass ohne Boden erweisen. Die Beratungen werden sehr schnell sehr teuer, teurer als notwendig. Es werden oft hohe Beratungsansprüche gestellt, von denen man glaubt, sie befriedigen zu müssen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass man beim ursprünglichen Kredit bleibt und nicht einfach einen Zusatzkredit spricht.

**Marc Bourgeois (FDP):** Zusatzkredite sind meiner Meinung nach gut zu begründen und absehbare Aufwendungen zu budgetieren. Doch die SVP hat den Stadtrat in ein Dilemma gebracht. Wenn der Stadtrat etwas über ein Jahr im Voraus budgetieren muss, macht er das entweder relativ grob – und dann wird es gestrichen – oder er budgetiert es nicht und kommt mit einem Zusatzkredit. Doch auch dann ist die SVP dagegen. Fakt ist: Das Geld wird ohnehin ausgegeben. Wenn das Rechenzentrum nicht umziehen kann, entstehen Zusatzkosten. Denn auch ein leeres Rechenzentrum kostet.

**Roger Liebi (SVP):** Die Begründung der FDP kann zur Kenntnis genommen werden. Allerdings liegt die Vermutung nahe, dass bei der Entscheidung vor allem die Meinung ihres Stadtrats wegweisend war.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Martin Vollenwyder:** Die OIZ liegt im Quervergleich mit vielen anderen Dienstleistungsbetrieben in Hinsicht auf das Kosten-Preis-Verhältnis und das Kosten-Leistungs-Verhältnis mit Abstand an der Spitze. Dies zeigt eine von Dritten durchgeführte Benchmark-Studie. In den Rechenzentren wird äusserst effizient gearbeitet. Es handelt sich nicht um ein Fass ohne Boden. Beim Bau der beiden Rechenzentren wurde von Beginn an auch darauf hingewiesen, dass die Gesamtkosten erst spät bekannt sein würden. Im Januar haben wir beschlossen, den Umzug der Rechenzentren zwischen Herbst 2012 und Frühling 2013 durchzuführen. Das führt wiederum zu einer nicht einfachen finanziellen Situation, will man das IT-Strategieziel 6 verfolgen. Es wurde detailliert erklärt, was dort gemacht wird. Lehnen wir diesen Kredit ab, entstehen sehr hohe Folgekosten. Denn die frei werdenden Rechenzentrenflächen sind bereits vermietet. Die OIZ leistet hier offensichtlich sehr gute Arbeit.

S. 5	<b>20 2080 3189 0000</b>	<b>Finanzdepartement Organisation und Informatik Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>		
<b>6)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 900 000	Mehrheit	Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
			Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)
	Verbesserung	2 900 000		
	Begründung	Ordentlich budgetieren, kann auch 2013 umgesetzt werden		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 7)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Angst (AL):** Für Erweiterungsarbeiten am Datenverarbeitungsprogramm POLIS werden 300 000 Franken benötigt. Die RPK-Minderheit beantragt, diesen Betrag um 100 000 Franken zu kürzen und auf die neue Schnittstelle zwischen dem POLIS und dem nationalen Polizeiindex SwissPol-Index zu verzichten. Aufgrund der neuen Strafprozessordnung darf die Polizei nicht mehr bei jedem Delikt erkennungsdienstliche Massnahmen ergreifen. Ein Teil der verdächtigten Personen soll neu nicht mehr an den nationalen Polizeiindex weitergeleitet werden. Aus diesem Grund soll die Schnittstelle zwischen dem POLIS und dem SwissPol-Index generiert werden. Unserer Meinung nach sollte bei der Datenweitergabe generell zurückhaltend vorgegangen werden. Es geht um jährlich 25 000 bis 30 000 Personendaten, die in das POLIS eingetragen werden. Dabei handelt es sich nicht um verurteilte Personen oder Personen, die ein schweres Delikt begangen haben. Mittels der neuen Schnittstelle wären alle Einträge für alle Polizeistellen in der Schweiz sichtbar. Es ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit, wenn sämtliche Daten von verdächtigten und beschuldigten Personen für alle Polizeidienststellen der Schweiz und sämtliche Polizeien oder Sicherheitsorgane des Bundes ersichtlich sind. Insbesondere die rot-grüne Stadt Zürich sollte hier eher bremsend wirken. Es werden zwar nicht sämtliche Akten weitergeleitet. Das Vorhandensein von Einträgen reicht aber bereits aus, um bei anderen Polizeidienststellen Aufmerksamkeit zu wecken.

**Urs Schmid (FDP):** Der Bund hat entschieden, angehende Rekruten einer vertieften polizeilichen Überprüfung zu unterziehen. Ein wesentliches Arbeitsmittel für eine solche Sicherheitsüberprüfung ist für unsere Behörden der Zugriff auf den SwissPol-Index. Durch die Einführung der neuen Strafprozessordnung braucht es eine neue Schnittstelle. Diese Verfahrensänderungen wurden der Stadtpolizei erst Ende 2011 bekannt. Die Kantonspolizei hat im zweiten Halbjahr 2011 das Projekt Rapping Plus gestartet mit dem Ziel, den Aufwand für eine Rapportierung zu reduzieren. Es existieren auch bereits entsprechende Beschlüsse mit der Staatsanwaltschaft. Aufgrund der Dringlichkeit der Entlastung der Polizistinnen und Polizisten soll diese Anpassung möglichst schnell umgesetzt werden. Dazu wird auch die neu zu generierende Schnittstelle zum SwissPol-Index benötigt.

Weitere Wortmeldungen:

**Samuel Dubno (GLP):** Eine Frage in der RPK lautete, wie der Datenschutzbeauftragte der Stadt das Projekt einschätzt. Der Datenschutzbeauftragte schrieb, er könne nicht so kurzfristig eine Stellungnahme zu diesem Projekt abgeben, da dazu die Zeit und die Unterlagen fehlten. Die Datenschutzstelle werde aber die Stadtpolizei auffordern, ihr die erforderlichen Informationen und Dokumentationen zuzustellen, um das Vorhaben prüfen zu können. Die GLP schliesst sich dem Antrag der AL an. Mit persönlichen Daten sollte vorsichtig umgegangen werden und der Datenschutzbeauftragte sollte das Projekt zuerst prüfen.

**Walter Angst (AL):** *Bezüglich der Beschleunigungs- und Effizienzsteigerung kann man unterschiedlicher Meinung sein. Es geht darum, dass Vorbereitungsarbeiten durchgeführt werden, damit die Polizei auf der Strasse Einträge in das POLIS vornehmen und Rapporte schreiben kann. Es wird sicher viel mehr Beschuldigte und Verdächtige geben. Diese Zahlen sollten sorgfältig ausgewertet werden, wenn es so weit ist. Eine Klarstellung: Es geht nicht darum, durch die neue Schnittstelle zusätzliche Sicherheitsüberprüfungen machen zu können. Die Überprüfungen finden bereits mit der heutigen Schnittstelle statt, die die Stadtpolizei zum nationalen Polizeiindex hat. Es geht bei der neuen Schnittstelle insbesondere um die Frage, ob man zusätzlich auch die nicht erkennungsdienstlich behandelten Verdächtigten und Beschuldigten in den nationalen Polizeiindex weitergeben will.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Wir sprechen bis jetzt nur von einem Teil der neuen Schnittstelle zum SwissPol-Index. Es geht nicht darum, dass die Polizei selbst zum Beispiel im Fall der Rekrutenprüfungen neu jemanden überprüfen kann. Diese Möglichkeit hat sie bereits. Auch stimmt die Aussage nicht, dass der Kreis der Personen, die Überprüfungen vornehmen können, erweitert wird. Die Schnittstelle soll vor allem dem Gesamtsystem dienen. In einem Gesamtsystem ist es eine technische Notwendigkeit, dass Daten ins System hineingeliefert werden. Das ist auch durch eine Bundesverordnung klar vorgeschrieben. Erst dann können unsere Zürcher Polizisten und Polizisten anderer Kantone Überprüfungen vornehmen. Aufgrund der neuen Strafprozessordnung werden nicht mehr alle Personen erkennungsdienstlich erfasst. Die nicht erkennungsdienstlich erfassten Personen sind im Sinne der Verordnung nach wie vor ein Teil der Personen, die in den Polizeiindex einfließen, sie werden aber nicht mehr ins System übertragen. Es ist nicht so, dass mehr Personen Einsicht in diese Daten haben werden, und es stimmt auch nicht, dass grundsätzlich neue Daten generiert werden. Es handelt sich um eine technische Anpassung aufgrund einer Änderung einer Verhaltensrichtlinie, die die Staatsanwaltschaft vorgenommen hat. Alle finden die Rekrutenprüfung grundsätzlich gut, aber sie funktioniert nur, wenn die Korps gegenseitig auf die Daten zugreifen können. In diesem Sinne ist es ein Zürcher Beitrag zu einem gesamtschweizerisch funktionierenden System. Die Kantonspolizei Zürich und die Stadtpolizei Winterthur werden diese Schnittstelle ebenfalls einrichten.*

**Niklaus Scherr (AL):** *Es gibt einen Zugriff, der jetzt auf Personen limitiert ist, die erkennungsdienstlich bearbeitet worden sind. Ich wurde auch schon einmal von der Polizei erkennungsdienstlich verarbeitet. Ich erhielt 2 000 Franken Entschädigung und alles musste gelöscht werden. Dies würde mich aber heute nicht davor bewahren, in einem solchen Register zu verbleiben – als Person, die vielleicht irrtümlicherweise erkennungsdienstlich verarbeitet wurde. Ich möchte kurz Art. 2 Abs. 4 der Verordnung über den nationalen Polizeiindex zitieren: «Am Index können zudem die polizeilichen Informationssysteme der Kantone angeschlossen werden.» Es ist das souveräne Recht eines Parlaments zu entscheiden, wie weit Daten erhoben werden, wenn es um Personen geht, die im Zusammenhang mit einem polizeilichen Vorgang in eine Registrierung hineingeraten und diese Daten einfach in einem EDV-System landesweit abgerufen wer-*

den können. Ein solcher Eintrag bleibt als Makel hängen. Wenn schon Einträge bestehen, sollten diese limitiert werden und nicht noch auf andere Systeme übertragen werden. Es geht darum, wem welche Daten geliefert werden.

S. 5	<b>25 2520 3189 0000</b>	<b>Polizeidepartement Stadtpolizei Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>		
<b>7)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	200 000	Mehrheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne)
	Neu	100 000	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent; Samuel Dubno (GLP)
			Enthaltung	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung	100 000		
	Begründung	Verzicht auf Einrichtung einer Schnittstelle zwischen Polis und SuissePol-Index (schweizweite Freigabe von Zürcher Polis-Daten)		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (55 Ja-Stimmen = 2/3 der abgegebenen Stimmen) erreicht ist.

#### Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Es geht um verschiedene Verkehrseinrichtungen. Die Minderheit beantragt eine Streichung von 660 000 Franken bei den Zusatzkrediten. Teilweise sollen neue Velorouten entstehen. Doch diese hätten durchaus früher geplant werden können. Im Rahmen des Vulkanplatzes müssen noch Fussgängerinseln und Lichtsignalanlagen gebaut werden. Auch dies ist nun plötzlich dringlich. Insbesondere wegen der schlecht geplanten Projekte und gewissen Dingen, die in unseren Augen noch nicht oder gar nicht enthalten sein müssten, beantragen wir die Streichung der 660 000 Franken.

**Florian Utz (SP):** Das Volk hat uns damit beauftragt, den ÖV, den Veloverkehr und den Fussverkehr zu fördern, so dass der Anteil um 10 % steigt. Der hier zu behandelnde Zusatzkredit ist ein erster, harmloser Schritt in diese Richtung. Die Massnahmen schaden niemandem. Es müssen keine Autospuren aufgehoben werden. Deshalb verstehe ich den Ablehnungsantrag nicht. Die SVP betont jeweils, dass das Volk immer recht hat. Dies wäre auch hier so. Das Volk hat entschieden und die Vorlage setzt diesen Entscheid zur Förderung des Velo- und Fussverkehrs genau um. Damit können wir einen ersten Schritt in die richtige Richtung machen.

Weitere Wortmeldungen:

**Roland Scheck (SVP):** Wir stellen einmal mehr fest, dass das Velo in dieser Stadt offenbar das Wichtigste ist. Das Budget, die Weisungen und die Planaufgaben sind voll davon. Und nun kommen in den Zusatzkrediten noch mehr Velomassnahmen. Es entsteht der Eindruck, dass es in dieser Stadt nur eine einzige Sorge gibt. Doch die wirklichen Herausforderungen liegen in der Finanzpolitik, Zuwanderungspolitik, Asylpolitik. Die Massnahmen, die nun im Rahmen der Zusatzkredite beantragt werden, sind nicht dringend. Man kann sie problemlos mit allen übrigen Massnahmen priorisieren und dann falls notwendig ins ordentliche Budget aufnehmen. Das wäre fair und korrekt. Es kann nicht sein, dass das Verkehrsmittel, das am wenigsten zur Volkswirtschaft beiträgt und einen unendlich negativen Kostendeckungsgrad hat, unendlich gefördert wird. Dieser Trend ist ungesund und die Prioritätensetzung des Stadtrats ist für die Bevölkerung nicht mehr verständlich. Dass bei einem Fahrplanwechsel und einer Linienführungsänderung eines Busses plötzlich unvorhergesehene bauliche Anpassungen auftauchen sollen, ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. Es stellt sich die Frage, wie in der Stadtverwaltung geplant und projektiert wird.

**Mauro Tuena (SVP):** Ich stelle fest, dass Florian Utz (SP) bezüglich des Fahrplans der Umsetzung der sogenannten Umverkehrsinitiative nicht richtig informiert ist. Er behauptete, das Volk habe einen klaren Auftrag gegeben und man müsse mit den Zusatzkrediten erste Gelder sprechen, um den Auftrag umzusetzen. Die Volksabstimmung ist jedoch noch nicht in Kraft. Der Regierungsrat muss diese zuerst in Kraft setzen. Bis gestern Abend wurde diesbezüglich von der Stadt noch kein Brief an den Regierungsrat geschickt. Das heisst, dass die Stadt Zürich im Zusammenhang mit der Umverkehrsabstimmung noch gar nichts unternehmen darf. Wenn der Stadtrat allenfalls heute in seiner Sitzung beschlossen hätte, den Brief zu versenden, und der Brief beim Regierungsrat eintrifft, müsste der Regierungsrat dieses Begehren zuerst prüfen und anlässlich einer ordentlichen Sitzung auch behandeln. Dieses Geld darf unter keinen Umständen für irgendwelche Massnahmen verwendet werden, die auf die Abstimmung der Umverkehrsinitiative zurückzuführen wären.

**Florian Utz (SP):** Mauro Tuena (SVP) warf zwei Fragen auf. Zur politischen Komponente: Einen Volksentscheid zu ignorieren, weil ein Brief zwischen zwei Amtsstellen noch nicht verschickt wurde, ist ein problematisches politisches Signal. Das Demokratieverständnis kann ich so nicht unterzeichnen. Zur juristischen Frage: Darf die Stadt Zürich einen Veloweg bauen, obwohl die Städteinitiative noch nicht in Kraft gesetzt wurde? Die Städteinitiative ist nicht die erste oder einzige Rechtsgrundlage für den Bau eines Velowegs. Velowege durften auch bisher gebaut werden.

**Michael Baumer (FDP):** Dem Volk wird oft vorenthalten, wie teuer Änderungen am Schluss werden. Es wird nicht kommuniziert, mit welchen Massnahmen und vor allem mit welchen Kosten man diese Änderungen erreichen will. Auch in den von Florian Utz (SP) erwähnten Volksentscheiden ist nicht erwähnt, mit welchen Kosten die entsprechende Initiative umgesetzt werden soll. Deshalb erlauben wir uns, die Kosten nochmals genau zu betrachten.



S. 6	<b>25 2555 501210</b>	<b>Polizeidepartement Dienstabteilung Verkehr Bau von Verkehrseinrichtungen: Sammelkonto</b>		
<b>8)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	960 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
	Neu	300 000	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	660 000		
	Begründung	Verzicht auf Velorouten, Fussgängerinseln und Lichtsignalanlagen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 42 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 9)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Bei diesem Antrag geht es um die Verrechnung von Spitex-Dienstleistungen. Für die Abrechnungen werden zwei neue Stellen beantragt. Die Minderheit lehnt die 100 000 Franken in diesem Bereich ab. Wir sind der Meinung, dass die Aufgabe auch anders gelöst werden könnte. Es ist ein Markenzeichen der Stadt, bei neuen Aufgaben sofort neues Personal einzustellen. Die Stellen steigen rapide an. Es sollte versucht werden, mit dem gegebenen Personalbestand zu arbeiten. Dieser ist in der Stadt Zürich nicht klein. Es hat in der Stadt Zürich gutes Personal, das man auch departementsübergreifend arbeiten lassen könnte. Die zwei Stellen sind nicht nötig. Wir beantragen die Streichung der 100 000 Franken.

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Bei der Abteilung Spitex Kontraktmanagement werden im Zusammenhang mit der neuen Pflegefinanzierung ab dem 1. August zwei Stellen mehr benötigt. Die Pflegebeiträge für die ambulante Pflegeversorgung müssen überprüft werden. Momentan sind es 8.2 Stellen. Dies reicht gemäss Spitex nicht, um die Pflegebeiträge seriös zu prüfen. Mit den zwei neuen Stellen soll verhindert werden, dass ungerichtfertige Auszahlungen getätigt werden. Es soll garantiert werden, dass die Abrechnungen seriös geprüft werden. Es ist sicher im Interesse aller, dass diese Kontrollen gemacht werden und nicht mehr Geld ausbezahlt wird als nötig.

S. 7	<b>30</b> <b>3010</b> <b>3010 0000</b> <b>3030 0000</b> <b>3040 0000</b>	<b>Gesundheits- und Umweltdepartement</b> <b>Städtische Gesundheitsdienste</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b> <b>Sozialversicherungsbeiträge</b> <b>Personalversicherungsbeiträge</b>		
<b>9)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	84 800 5 900 9 300	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	100 000		
	Begründung	Gemeinden im Kanton bewältigen das günstiger, hoher stadtzürcher Personalbestand muss ausreichen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 40 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 10)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die Altersheime der Stadt Zürich haben eine neue Direktorin. Dass man sich unter einer neuen Führung auch Gedanken über die Strategie und die interne Organisation macht, ist durchaus sinnvoll. Die Mehrheit der RPK ist jedoch der Meinung, dass dies intern stattfinden soll und keine externe Beratung im Umfang von 100 000 Franken notwendig ist.

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Bei den 26 Altersheimen der Stadt Zürich soll unter Einbezug aller Kaderleute und Heimleitungen eine Weiterentwicklung stattfinden. Von der neuen Amtsdirektorin wird erwartet, dass sie die Prozesse analysiert und kritisch hinterfragt. Auch soll sie allenfalls neue Prozesse einführen. Dafür wird ein Kredit von 100 000 Franken beantragt, um für die Prozessbegleitung ein externes Büro beizuziehen. Das Personal möchte zusammen mit der neuen Amtsdirektorin ebenfalls weiterkommen. Die neue Altersstrategie wurde vorgestellt, verschiedene Sanierungs- und Bauvorhaben von Altersheimen liegen vor. Es macht Sinn, dass ein solcher Prozess in Gang kommt und von einem externen Büro begleitet wird.

Weitere Wortmeldung:

**Marina Garzotto (SVP):** Für den Strategieprozess ist keine neue externe Beratungsstelle notwendig, die hohe Kosten verursacht. Die Weiterentwicklung im Altersheimbereich muss dauernd erfolgen. Alle Mitarbeitenden – vom einfachen Angestellten bis zur Direktion – müssen jeden Punkt immer wieder hinterfragen und neue Ideen einbringen. Deshalb lehnt die SVP den Zusatzkredit von 100 000 Franken ab.

S. 7	<b>30 3026 3186 0000</b>	<b>Gesundheits- und Umweltdepartement Altersheime der Stadt Zürich Entschädigungen für DL Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>		
<b>10)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	100 000	Minderheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin
	Neu	0	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Enthaltung	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung	100 000		
	Begründung	Keine externe Beratung nötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 50 Stimmen zu.

#### Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Diese Stelle braucht es nicht. Streichen Sie die 80 800 Franken.

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Die eidgenössische Lärmschutzverordnung verlangt die Sanierung von Strassen, die mit übermässigem Lärm belastet sind. In der Stadt Zürich wohnen 130 000 Leute an Strassen, an denen der Grenzwert dauernd überschritten wird. Die Koordination dieser schwierigen Aufgabe wird zurzeit mit 6,8 Stellen gestemmt. Eine Stellenaufstockung um eine Stelle ist zu begrüssen, nicht zuletzt aus Kostengründen; bis zum 31. März 2018 zahlt der Bund 25 % an die Sanierungsmassnahmen. Daher wäre es sehr kurzfristig gedacht, im Jahr 2012 um des Sparens willen 80 800 Franken zu sparen.

20 / 43

Weitere Wortmeldung:

**Marina Garzotto (SVP):** Viele Strassen in Zürich sind mit übermässigem Lärm belastet, aber nicht erst seit heute. Seit vielen Jahren wird daran gearbeitet, den Strassenlärm in den Griff zu bekommen – teils mit Erfolg, teils mit Verschiebungen des Lärms in andere Quartiere. Uns leuchtet nicht ein, warum jetzt plötzlich eine zusätzliche Stelle geschaffen werden soll, um dieses Problem zu lösen.

S. 7	<b>30 3045 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000</b>	<b>Gesundheits- und Umweltdepartement Umwelt- und Gesundheitsschutz Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge</b>		
<b>11)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	69 500 5 200 6 000 100	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	80 800		
	Begründung	Die Stelle braucht es nicht		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Marina Garzotto (SVP):** Öffentliche WCs müssen bestimmt oft gereinigt werden. Das Vorhaben erscheint uns aber viel zu teuer. Wir sind überzeugt, dass es auf diesem Gebiet günstigere Anbieter gibt, und dass mit dem bereits vorhandenen Personal effizienter gearbeitet werden könnte. Gut verstehen wir, dass der Fernheizungskanal an der Herdernstrasse ersetzt werden muss, und die Offerte erscheint uns nicht überrissen zu sein. Deshalb lehnt die SVP nur einen Teil dieses Zusatzkredits ab. Die 110 000 Franken für den Heizungskanal möchten wir ausgeben, den Rest lehnen wir ab.

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Die RPK hat das Protokoll dieser Offertöffnung erhalten und Rückfragen gestellt. Ausser der SVP hat allen eingeleuchtet, dass unter den 13 Bewerbungen das Angebot der gammaRenax AG am vorteilhaftesten ist.

Weitere Wortmeldungen:

**Samuel Dubno (GLP):** Für Unternehmen ist es eine grosse Herausforderung, an einer öffentlichen Ausschreibung teilzunehmen. Die in Frage stehende Ausschreibung ist sauber abgelaufen. Es wäre nicht gewerbefreundlich, wenn sich das Parlament in die Details von Submissionsverfahren einmischen würde. Ein solcher Ansatz ist grotesk und nicht nachvollziehbar.

**Roger Liebi (SVP):** Die Offerten beweisen, dass es deutlich günstigere Angebote gab. Insofern ist es legitim, dass eine Partei auf das Vorhandensein günstigerer Möglichkeiten hinweist. Die Frage, wie diese Angebote gewertet werden, ist eine andere, das angewandte Punktesystem dürfte aber kaum über alle Zweifel erhaben sein.

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Die SVP hat nur den Preis, nicht aber die Gewichtung betrachtet. Anders ist ihr Antrag nicht zu erklären.

S. 8	<b>30 3045 3141 0000</b>	<b>Gesundheits- und Umweltdepartement Umwelt- und Gesundheitsschutz Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des VV</b>		
<b>12)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	240 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	110 000	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	130 000		
	Begründung	Günstigeres Angebot berücksichtigen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 24 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

### Antrag 13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Marina Garzotto (SVP):** Die Suva verlangt die – sicher wichtigen – Kontrollen nicht erst seit jetzt. Das Personal der Stadt Zürich hätte von Anfang an auf die Wartung und Reparatur der komplizierten Schiebetüren geschult werden müssen. Die technischen WCs sind nicht nur für unsere behinderten Mitmenschen ein Horror. Alle Benutzerinnen und Benutzer sterben fast vor Angst in einem solchen «Techno-WC», wo die Türe zu früh oder gar nicht mehr aufzugehen droht. Die WCs sind keinen Zusatzkredit wert, denn die Aufgabe besteht schon seit längerer Zeit. Würden vorübergehend externe Leute diese

Arbeit machen, würden wir diese nie mehr loswerden, was wieder eine hohe Dauerausgabe generieren würde.

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Ich dachte eigentlich, es gehe um Erdgas Zürich. Die 190 000 Franken wären für Dienstleistungen Dritter vorgesehen, für ein Energie-coaching. Die Mehrheit der RPK lehnt den Antrag der SVP ab.

S. 9	<b>30 3045 3180 0000</b>	<b>Gesundheits- und Umweltdepartement Umwelt- und Gesundheitsschutz Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>		
<b>13)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	190 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	190 000		
	Begründung	Braucht es nicht, selbstverschuldet		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Die Städtekonferenz Mobilität braucht es nicht, eine Mitgliedschaft in einem weiteren Gremium ist nicht nötig. Wichtiger ist es, dass der Kanton die Interessen der Stadt Zürich vertritt. Der Zusatzkredit über 11 000 Franken kann und muss abgelehnt werden.

**Florian Utz (SP):** In der Städtekonferenz Mobilität schliessen sich sechzehn Schweizer Städte zusammen. Die Konferenz ist ein Forum für verkehrspolitische Fragen und eine sinnvolle Sache, wie etwa folgendes Beispiel zeigt: Viele Städte planen derzeit ein Veloverleihsystem, und im Rahmen des Forums wird im Moment darüber diskutiert, ob ein gemeinsames technisches System eingeführt werden könnte, sodass man als Stadtzürcherin oder Stadtzürcher beispielsweise auch in Bern ein Velo ausleihen könnte.

Weitere Wortmeldung:

**Theo Hauri (SVP):** Die Amtsvorsteherin sollte um die Budgetierung der Mitgliederbeiträge rechtzeitig und ordentlich besorgt sein, insbesondere dann, wenn mit einem einzigen Posten die Gesamtposition um 510 % überzogen wird. Die Frage nach dem praktischen Nutzen dieser Mitgliedschaft drängt sich auf. Mit Bike-Sharing-Modellen und nachhaltiger städtischer Mobilität werden irreparable Schäden angerichtet. Die Minderheit lehnt eine Mitgliedschaft in einem Verein, der wirtschaftsfeindliches Roadpricing doziert und Fantastereien über völlig illusorische Mobilitätsmodelle propagiert, ab. Auch Bundesgelder sind für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger schlicht und einfach Steuergelder. Wer eigenverantwortlich denkt und handelt, hat mit undefinierbaren Agglomerationsprogrammen und luxuriös aufgemachten Broschüren in Sachen nachhaltige Mobilität nichts am Hut.

S. 9	<b>35 3500 3197 0000</b>	<b>Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbau- und Entsorgungsdep. Zentrale Verwaltung Mitgliederbeiträge</b>		
<b>14)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	11 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	11 000		
	Begründung	Es bestehen bereits genügend Gremien, es braucht keine neue Mitgliedschaft		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 43 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Theo Hauri (SVP):** Seit Jahren predigen die Verantwortlichen die Stilllegung des Werks Josefstrasse. Gedankengänge in Richtung Zusammenlegung dürften seit längerem angestellt worden sein. Die ERZ-Spezialisten sollten in der Lage sein, den Planungshorizont frühzeitig abzuschätzen und die notwendigen Schritte rechtzeitig in die Wege zu leiten. Der Notruf des ERZ-Direktors in der Spezialkommission ist unverständlich. Die vorgebrachten Argumente überzeugen nicht. Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit muss ein Verbindungskanal bald realisiert werden. Ein neuer Fernwärmekanal als Verbindung von Zürich-Nord nach Zürich-West ist zweifellos eine anspruchsvolle technische Herausforderung. Ein derart komplexes Projekt darf nie unter massiven Zeit-

druck geraten. Angesichts des Zeitplans 2018 und einem Ausblick über vierzig bis fünfzig Jahre kann die Projektierung getrost verschoben, und eine ordentliche Budgetierung für 2013 vorgenommen werden.

**Florian Utz (SP):** Das Fernwärmenetz Zürich-West scheint nicht grundsätzlich umstritten zu sein. Umstritten ist vielmehr die Frage, wann und wie die Planung vorgenommen werden soll. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass kein einziger Franken gespart wird, wenn die Arbeit auf morgen verschoben wird. Die Kosten werden so oder so anfallen, und zudem geht Zeit verloren.

S. 10	<b>35 3555 3182 0000</b>	<b>Tiefbau- und Entsorgungsdepartement ERZ Entsorgung + Recycling Zürich Fernwärme Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter</b>		
<b>15)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	655 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	655 000		
	Begründung	Studie nicht zwangsläufig zum jetzigen Zeitpunkt nötig, kann für 2013 budgetiert werden		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 43 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 16)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir haben heute bereits ein externes Assessment abgelehnt, das ungefähr 100 000 Franken gekostet hätte. Für die Ablehnung des zur Diskussion stehenden Assessments über 30 000 Franken möchten wir zwei Gründe betonen: Erstens stellen wir fest, dass im Personalrekrutierungsverfahren zunehmend externe Beratungen in Anspruch genommen werden, um Fehlentscheidungen zu vermeiden. Zweitens machen uns die exzessiv steigenden Kosten für Personalwerbung zu schaffen. Die Steigerung um 200 % können wir nicht gutheissen.



**Christine Seidler (SP):** Auf die Stadt Zürich kommen hohe Investitionskosten zu, vor allem auch im Hochbau, in der Gestalt komplexer Projekte, die nach spezialisierten Leuten verlangen. Die fundierte und sorgfältige Planung ist kompetenten Leuten zu verdanken und sorgt dafür, dass die Stellen gut besetzt werden können. Es ist nicht einfach, qualifizierte Leute aus dem Baugewerbe zu finden. Dies rechtfertigt das Vorgehen mit dem externen Assessment, das zugegebenermassen teuer ist und eine HR-Strategie missen lässt. Wir sind aber überzeugt, dass hier am falschen Ort gespart würde.

S. 11	<b>40 4000 3092 0000</b>	<b>Hochbaudepartement Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung Personalwerbung</b>		
<b>16)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	30 000	Mehrheit	Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	30 000		
	Begründung	Art der Ausschreibung nicht notwendig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 61 gegen 60 Stimmen zu.

#### Antrag 17)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Thomas Monn (SVP):** Die Einführung flächendeckender Tagesstrukturen würde zu einer weiteren Aufblähung des Sozialstaats führen. 900 Hortplätze hätten 120 zusätzliche Betreuungsstellen zur Folge. Bereits heute muss der Steuerzahler jährlich weit über 90 Mio. Franken für die Hortbetreuung zahlen. Linke Ideologen fördern die Nachfrage nach Hortplätzen in der Stadt Zürich mit einem eigentlichen Marketing. Das Volksschulgesetz lässt offen, wer Hortplätze anbieten darf. Die SVP lehnt den gigantischen Ausbau der Tagesstrukturen auf Staatskosten ab.

**Andrea Nüssli-Danuser (SP):** Der Hortausbau kostet uns tatsächlich eine Stange Geld, aber er ist wichtig und richtig. Die Bevölkerung fordert ihn ebenso, wie die gesetzlichen Grundlagen ihn fordern. Die rechtzeitige Budgetierung fiel aus verschiedenen Gründen ungenügend aus. Die Mehrheit stimmt dem Zusatzkredit zu. Zur Schaffung weiterer 900 Hortplätze ist die Aufstockung des Hortpersonals nötig. Dazu sind wir sogar verpflichtet, wie aus der Verordnung über familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich sowie aus einem Rechtsgutachten von Professor Jaag für die Stadt Winterthur aus dem Jahr 2010 hervorgeht. Für das Parlament besteht demnach kein Spielraum; wir sind verpflichtet, dem tatsächlichen Bedarf entsprechend Tagesstrukturen zur Verfügung zu

stellen. Der Zeitpunkt für die Planung der Hortplätze erweist sich für das Schulamt als schwierig, weil das Schuljahr nicht mit dem Kalenderjahr gleichgesetzt ist. Die Anmeldungen für Betreuungsplätze treffen erst nach dem Budgetierungsprozess ein. Deshalb haben wir Verständnis für die Einholung dieses Zusatzkredits.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die Zusatzkredite zeigen, dass die Kosten in diesem Bereich langsam ins Unermessliche steigen. Die FDP anerkennt, dass es Betreuungsplätze braucht, fordert aber die Überprüfung alternativer Finanzierungsmodelle – und bringt diese Haltung mit der Stimmenthaltung zum Ausdruck. Die Selbstfinanzierung liegt in diesem Bereich bei ungefähr 23 %, was definitiv zu wenig ist.

**Roger Liebi (SVP):** Die Bevölkerung will den Ausbau der Tagesstrukturen, auch die Linken wollen ihn, vorausgesetzt, es sind die anderen, die ihn finanzieren. Die Entwicklung der Kinderbetreuung ist angsteinflössend. Familien, die ihre Kinder selber betreuen, müssen die Anspruchsmentalität anderer und die damit verbundenen 100 Mio. Franken pro Jahr mitfinanzieren. Das Hinzuziehen des Winterthurer Gutachtens von Professor Jaag verbessert die Sachlage für die Stadt Zürich nicht. Fakt ist, wir können die Betreuungskosten in dieser Form nicht mehr bezahlen. Ich erwarte vom Stadtrat eine Vorlage, die aufzeigt, wie wir aus diesem Dilemma heraus finden können. Das Gesetz schreibt der Stadt lediglich vor, die Betreuung bereitzustellen, nicht aber, sie auch selber zu betreiben. Für die Zukunft ist es wichtig, die Kosten mittels eines anderen Modells anders zu verteilen. Eine Kostendeckung von mindestens 50 % muss angestrebt werden.

**Walter Angst (AL):** Die genannten Zahlen bedürfen einer Klärung: 100 Mio. Franken kostet die Betreuung heute, bei einem Ausbau werden in acht Jahren 200 Mio. Franken Betriebskosten erwartet. Eine Weisung betreffend die Elternbeiträge ist in Vorbereitung und wird uns nächstes Jahr vorgelegt werden. Weitere Massnahmen sind eingeleitet. Zudem hat der Stadtrat beschlossen, den Kindern nur noch zwei, statt vier Quadratmeter zur Verfügung zu stellen. Eine Änderung des Personalreglements zur Kürzung der Ferien ist in Vorbereitung. Es wird demnach aktiv gespart. In Tat und Wahrheit sorgt die Stadt mit dem Betreuungsangebot dafür, dass die Unternehmen Arbeitskräfte haben und somit profitieren können. Die Stimmenthaltung der FDP verfehlt ihr Ziel, denn das, was wir heute beschliessen, ist nicht das Geld für den Ausbau, sondern Geld für die bestehenden Strukturen.

**Daniel Meier (CVP):** Klar profitieren die Unternehmen von Arbeitskräften. Es darf aber nicht vergessen werden, dass wer verdient, auch Steuern zahlt, die eigentlich dem Eigenfinanzierungsgrad angerechnet werden müssten. Die Stimmenthaltung der FDP ist fragwürdig.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Wir wollen lediglich dazu anregen, über andere Modelle nachzudenken. Wie die Reaktionen zeigen, haben wir mit der Stimmenthaltung unser Ziel erreicht.

S. 13	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3010 0000</b> <b>3030 0000</b> <b>3040 0000</b> <b>3050 0000</b>	<b>Schul- und Sportdepartement</b> <b>Schulamt</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b> <b>Sozialversicherungsbeiträge</b> <b>Personalversicherungsbeiträge</b> <b>Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge</b>		
<b>17)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	9 910 000 737 300 870 000 22 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)
			Enthaltung	Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	11 539 300		
	Begründung	Kein weiterer Ausbau von Betreuungsplätzen auf Staatskosten		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 18)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Zwei Vikarinnen sollen in einem Projekt mitarbeiten, das es schon seit mehr als zwanzig Jahren gibt. Die Naturschulen haben Gebäude, Plätze im Wald, Personal, Weiterbildungsangebote usw. 50 % aller Unterstufenschüler verbringen einen Tag im Jahr in einer Naturschule. Es ist schwierig, sich in dieser Sache über die Kosten zu informieren. Im 152-seitigen Konzept «Naturschulen 2010» werden Bedürfnisse, Ziele, Visionen, Ausstrahlung, Angebot und Qualitätssicherung behandelt. Von den Kosten ist hingegen keine Rede. Das Pilotprojekt soll dafür sorgen, dass künftig alle Unter- und Oberstufenschülerinnen und -schüler das Angebot einmal im Jahr wahrnehmen. Es ist abzusehen, dass sich das Projekt in die Länge ziehen und die Kosten weiterlaufen werden.

**Andrea Nüssli-Danuser (SP):** Die Mehrheit der RPK möchte das Projekt unterstützen, um den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, mitmachen zu können. Die zwei Vikariatsstellen sollen mit dem Zusatzkredit finanziert werden.

S. 13	<b>50 5010 3029 0000</b>	<b>Schul- und Sportdepartement Schulamt Entschädigungen an VikarInnen</b>		
<b>18)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	125 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Karin Ry- kart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	125 000		
	Begründung	Projekt unnötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 19)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Guido Bergmaier (SVP):** Die Beiträge der Stadt Zürich an die Asyl-Organisation (AOZ) entwickeln sich weiter nach oben. Die Steigerung innerhalb der letzten drei Jahre beträgt über 50 %. Die Begründung ist immer dieselbe: wechselnde Fallzahlen und ein Gejammer über befürchtete Qualitätseinbussen mangels personeller Ressourcen. Ein wenig Qualitätsminderung im Leistungsangebot ist verkraftbar. Anstelle der aufsuchenden Sozialhilfe sollte man sich auf notwendige Hilfe zurückbesinnen. Sparen könnte die Stadt z. B. beim Wunsch der AOZ-Leitung nach einem immer umfangreicher gestalteten Geschäftsbericht. Auch die SVP ist selbstverständlich der Meinung, dass die Aufnahme von echten Flüchtlingen und Asylanten gewährleistet sein muss. Um die freie Zuwanderung aber nicht noch mehr zu fördern, muss die AOZ gebremst werden in ihrem Drang zu einem systemimmanenten Wachstum.

**Rebekka Wyler (SP):** Die Stadt muss kantonale Kontingente erfüllen. Zur Bearbeitung der steigenden Zahl von Asylgesuchen in nützlicher Frist und ausreichender Qualität braucht es genügend Leute. Die Mehrheit der RPK beantragt Ihnen, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

S. 16	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0302</b>	<b>Sozialdepartement</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an AOZ für städtische Pflichtleistungen</b>		
<b>19)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	442 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	442 000		
	Begründung	Das SD beschäftigt bereits genügend Mitarbeiter, auf Kernaufgabe beschränken		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 20)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Die Mehrheit der RPK beantragt Ihnen die Kürzung des Zusatzkredits um 30 000 Franken. Dieser Betrag ist vorgesehen für eine zusätzliche halbe Stelle bei der Stipendienvergabe. Wir sind der Meinung, dass die zusätzlich anfallenden Arbeiten mit einer Stellenumwidmung im Laufbahncentrum bewältigt werden könnten. Gemäss dem Stadtratsbeschluss möchte man aber lieber eine neue Stelle schaffen, als dass man eine interne Stellenumwidmung vornehmen würde. Die Mehrheit der RPK lehnt dieses Vorgehen ab.

**Rebekka Wyler (SP):** Der Stadtrat hat uns klar dargelegt, wofür die Gelder gebraucht werden. Die Minderheit der RPK ist der Meinung, dass die Ausgaben gerechtfertigt sind und folgt dem Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Wir halten diese zusätzlichen Stellen für überflüssig. Die Strukturen könnten anderweitig angepasst werden. Es kann nicht jede neu anfallende Aufgabe, jedes kleinste Projekt in der Stadt Zürich eine oder mehrere neue Stellen nach sich ziehen. Deshalb ist die Streichung hier nötig.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

**STR Martin Waser:** *Jetzt, im Vorfeld des neuen Schuljahres, ist es sehr wichtig, dass wir die Nachfrage nach Stipendien bearbeiten können. Es ist uns ein Anliegen, jungen Leuten, die Anspruch auf Stipendien haben, zeitgerecht Gelder zu sprechen und sie nicht unnötigerweise in die Sozialhilfe zu schicken. Es geht um wenig Geld, das sehr viel bewirken kann. Wir haben unsere Stellen nicht auf Reserve besetzt, deshalb unser Antrag.*

**Samuel Dubno (GLP):** *Zur Richtigstellung: Ich habe den Inhalt des Stadtratsbeschlusses wiedergegeben. Und ich habe nicht als Vertreter der GLP gesprochen, sondern als Vertreter der RPK-Minderheit.*

S. 16	<b>55 5520 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3062 0000</b>	<b>Sozialdepartement Laufbahnzentrum Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Verpflegungszulagen</b>		
<b>20)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	69 100 1 900 2 400 <u>600</u> 74 000	Minderheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	41 086 1 130 1 427 <u>357</u> 44 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Enthal- tung	Walter Angst (AL)
	Verbesserung	30 000		
	Begründung	Stipendienberatung mit vorhandenen Mitteln umsetzen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 58 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 21)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Das Zusatzkreditbegehren von 7 200 Franken im Laufbahnzentrum für Personalwerbung, konkret für die Einstellung einer Vizedirektorin bzw. eines Vizedirektors, bereitet uns – zusammen mit den Personalkosten der letzten Jahre – Sorgen. Es handelt sich um eine Berg- und Talfahrt innerhalb des Bereichs HR. In einer Zeit, in der wir sparen sollten, empfehlen wir, die Insertionskosten tief zu halten.

**Rebekka Wyler (SP):** Personalwerbung ist eine beliebte Spielwiese für Kürzungen. Vor allem die Inseratwerbung scheint gewissen Leuten Mühe zu bereiten. Die Mehrheit der RPK hat sich vom Stadtrat überzeugen lassen.

S. 17	<b>55 5520 3092 0000</b>	<b>Sozialdepartement Laufbahnzentrum Personalwerbung</b>		
<b>21)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	7 200	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
			Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)
	Verbesserung	7 200		
	Begründung	Stelle mit internen Mitarbeitern besetzen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 43 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 22)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Wir sind der Meinung, dass die 10 000 Franken gestrichen werden müssen. Auch finden wir, dass man es sich bei Abschreibungen solcher Beträge zu einfach macht; man sollte mehr darum bemüht sein, die Beträge wieder hereinzuholen.

**Rebekka Wyler (SP):** Die Mehrheit ist der Meinung, dass nicht alles wieder eingetrieben werden kann und unterstützt deshalb den Antrag des Stadtrats.

32 / 43

S. 17	<b>55 5520 3300 0000</b>	<b>Sozialdepartement Laufbahnzentrum Abschreibungen von Guthaben des FV</b>		
<b>22)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	10 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	10 000		
	Begründung	Keine Abschreibungen zulassen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 24 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 23)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** *Im Quartier hat der Strichplatz eine hohe Inakzeptanz. Dadurch fühlen wir uns legitimiert, die Streichung der 116 000 Franken zu beantragen.*

**Rebekka Wyler (SP):** *Die SVP will sich angeblich auf den Souverän berufen, missachtet dabei aber einen Volksentscheid. Die Mehrheit der RPK unterstützt den Stadtrat.*

S. 17	<b>55 5560 3182 0000</b>	<b>Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter</b>		
<b>23)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	116 200	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	116 200		
	Begründung	Hohe Inakzeptanz im Quartier		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):



33 / 43

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 24)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** *Der lockere Umgang mit diesen Abschreibungen missfällt uns. Wir sind der Meinung, die Restanzen sind einzufordern, und die 127 000 Franken müssen gestrichen werden.*

**Rebekka Wyler (SP):** *Der Stadtrat hat die Gründe für die Abschreibungen klar dargelegt, es handelt sich etwa um Wegzüge nach unbekannt oder Todesfälle. In solchen Fällen lassen sich die Guthaben einfach nicht mehr eintreiben.*

Weitere Wortmeldung:

**Roger Liebi (SVP):** *Es gibt durchaus noch andere Gründe, oft werden die Guthaben einfach nicht bezahlt.*

S. 17	<b>55 5560 3300 0000</b>	<b>Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Abschreibungen von Guthaben des FV</b>		
<b>24)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	127 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	127 000		
	Begründung	Restanzen sind einzufordern		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

## 2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 25)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** *Wir lehnen die Kreditübertragung für den Neubau des Velowegs Hardplatz nach wie vor ab.*

**Florian Utz (SP):** Letztes Jahr haben wir beschlossen, unsere eigene Motion für einen Veloweg über die Hardbrücke nicht abzuschreiben. Im Rahmen der Budgetdebatte haben wir der Verkehrskommission des Gemeinderats das nötige Geld zur Planung des Velowegs zur Verfügung gestellt. Durch die Nichtabschreibung haben wir den Auftrag entsprechend erteilt. Vor der Einstellung der Budgetmittel haben wir den Stadtrat gefragt, über welches Konto die Budgetierung zu erfolgen habe. Im Sinne der Antwort des Stadtrats haben wir die Budgetierung über das TED vorgenommen, wurden dann aber trotzdem vom Stadtrat zurückgepfiffen. Jetzt sind wir froh, dass der Stadtrat Hand gebo- ten hat für eine Kreditübertragung. Heute haben wir die Möglichkeit, zum fünften Mal daran festzuhalten, dass wir den Veloweg über die Hardbrücke in dieser Form wollen.

S. 18	<b>10</b> <b>1005</b>  von <b>3515</b> 3182 0000  nach <b>1005</b> 3182 0000	<b>Behörden und Gesamtverwaltung</b> <b>Gemeinderat</b>  <b>Tiefbauamt</b> Entschädigungen für Planungs- und Projektie- rungsarbeiten Dritter  <b>Gemeinderat</b> Entschädigungen für Planungs- und Projektie- rungsarbeiten Dritter		
<b>25)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Re- bekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Begründung	Veloweg Hardbrücke führt künstlich zu Stau und damit Lärm und CO2-Emmissionen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 41 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 26)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Die Minderheit ist klar der Meinung, dass es zwischen den beiden Posten der Kreditübertragung keinen inneren Zusammenhang gibt. Ursprünglich waren die 60 000 Franken vorgesehen für den Unterhalt von Parkuhren, Zentralen Parkuhren und Signalisationseinrichtungen. Nun sollen die 60 000 Franken aber plötzlich zugunsten einer Besucherbefragung und Verkehrserhebung eingesetzt werden. Mangels eines inneren Zusammenhangs darf diese Kreditübertragung nicht beschlossen werden.

**Florian Utz (SP):** Der Gemeinderat hat neue Parkgebühren für das Gebiet beim Zoo beschlossen und möchte jetzt mittels Umfragen und Monitoring die Auswirkungen und Wirksamkeit der Gebührenmassnahmen überprüfen. Die Mehrheit der RPK findet es sinnvoll, dass man sich diesbezüglich Faktenwissen beschafft. Wir sind der Meinung, dass ein innerer Zusammenhang formaljuristisch durchaus besteht. Unabhängig davon ist es nicht sinnvoll, eine Umfrage zu beschliessen, dafür aber nicht Parkgebühren, sondern Steuergelder einzusetzen. Diese zusätzliche Belastung der Stadtbevölkerung ist in unseren Augen nicht sinnvoll.

Weitere Wortmeldungen:

**Samuel Dubno (GLP):** Die GLP wird die Kreditübertragung ablehnen. Wir sehen den inneren Zusammenhang nicht. Diese Begründung gilt auch für alle nachfolgenden Kreditübertragungen, denen wir nicht zustimmen werden. Die RPK hat den Stadtrat in der Vergangenheit mehrfach kritisiert bezüglich Nichteinhalten von kreditrechtlichen Vorschriften und Grundlagen. Hier haben wir nun die Möglichkeit, eine Kreditübertragung abzulehnen, die nicht den Vorgaben des Stadtrats entspricht. Sowohl der Rechtskonsulent des Gemeinderats als auch derjenige des Stadtrats haben festgehalten, dass zwischen den Positionen einer Kreditübertragung ein enger sachlicher Zusammenhang bestehen muss. Die Frage, was unter «Unterhalt» falle, wurde in der Budgetlesung gestellt. Die Antwort fiel detailliert aus, von Umfragen war nicht die Rede. Indem wir die Kreditübertragungen jeweils als Ganzes ablehnen, wollen wir ein Zeichen setzen für die Einhaltung der rechtlichen Grundlagen.

**Jean-Claude Virchaux (CVP):** Sowohl die Gewichtung des Accounting Manual als auch die Gewichtung der Rechtsgutachten sind richtig. Nicht gut ist hingegen der relativ grosse Interpretationsspielraum. Die in der Verwaltung herrschende Unklarheit sollte behoben werden. Wir werden einige Kreditübertragungen gutheissen, andere werden wir ablehnen, weil auch wir uns Interpretationen erlauben.

S. 20	<b>25</b> <b>2505</b> <b>von</b> 3151 0105 <b>nach</b> 3180 0000	<b>Polizeidepartement</b> <b>Parkgebühren</b>  Unterhalt Parkuhren, Zentrale Parkuhren und Signalisationseinrichtungen  Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
<b>26)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	60 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)
	Begründung	Kein innerer Zusammenhang		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 57 Stimmen zu. Der Antrag des Stadtrats scheidet jedoch am Quorum der Ausgabenbremse (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder). Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

#### Antrag 27)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Die SVP empfiehlt Ihnen gemeinsam mit der FDP und der GLP, die Kreditübertragung abzulehnen. Die Übertragung von 8 000 Franken von Sachversicherungsprämien nach Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten mutet abenteuerlich an in Bezug auf einen inneren Zusammenhang. Ein zweiter Posten in der Höhe von 49 300 Franken soll übertragen werden, weil angeblich ein schneller Wechsel zu einem externen Anbieter vorgenommen werden müsse. Eine ordentliche Budgetierung für 2012 wäre aber sicher möglich gewesen.

**Andrea Nüssli-Danuser (SP):** Aufgrund der letztjährigen Budgetkürzung konnte man bei der Sammlung NONAM keine Exponate anschaffen und ausleihen. Auch Versicherungskosten wurden damals ins Budget eingestellt. Eine kreative Lösung konnte gefunden werden, indem die Ausstellung anders gestaltet wurde. Der innere Zusammenhang zwischen Sachversicherungsprämien und Ausstellungskatalog ergibt sich aus dem Konzept und der Realisierung dieser Sonderausstellung. Zudem werden Druck- und Reproduktionsleistungen nicht mehr von der Schul- und Büromaterialverwaltung erbracht, sondern extern. Für die Minderheit ist der innere Zusammenhang zwischen diesen vier Konten gewährleistet.

Weitere Wortmeldung:

**Walter Angst (AL):** Diskussionen über Kreditübertragungen können mit dem Finanzvorstand und der Finanzverwaltung geführt werden. Im konkreten Fall besteht ein breiter Interpretationsspielraum, somit sind unterschiedliche Meinungen möglich. Um weitere solch unnötige Diskussionen zu vermeiden, bedarf es einer Klärung. Das ewige Signalsetzen bringt uns hier nicht weiter.

37 / 43

S. 25	<b>50 5000</b>  von 3184 0000 3911 0000  nach 3101 0000 3161 0000	<b>Schul- und Sportdepartement Schul- und Sportdep. Zentrale Verwaltung</b>  Sachversicherungsprämien Vergütungen an SBMV für Material/Dienstleistungen  Druck-, Reproduktions- u. Vervielfältigungskosten Mieten und Benutzungskosten		
<b>27)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	8 000 <u>49 300</u> 57 300	Minderheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Mehrheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
			Enthaltung	Walter Angst (AL)
	Begründung	Kein innerer Zusammenhang		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 58 zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 28)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Auch bei dieser Kreditübertragung ist die Mehrheit der Meinung, dass ein enger sachlicher Zusammenhang fehlt. Auch sind die Konten nicht artverwandt.

**Andrea Nüssli-Danuser (SP):** Es geht um die Verordnung über die Entschädigung der Tätigkeit der Schulbehörden und die Ausführungsbestimmungen dazu. Die ersten Erfahrungswerte lagen erst nach Abschluss des Jahres 2011 vor und konnten somit nicht rechtzeitig im Budget eingestellt werden. Damit die Ressourcen nun aufgrund der Erfahrungen auf dem richtigen Konto landen, macht die Kreditübertragung Sinn. Auch das zweite Projekt im Rahmen dieser Übertragung ist vertretbar.

S. 26	<b>50</b> <b>5010</b>	<b>Schul- und Sportdepartement</b> <b>Schulamt</b>		
	<b>von</b> 3001 0000 3910 0000	Vergütungen an Behörden und Kommissionen Vergütung an OIZ für IT-Leistungen		
	<b>nach</b> 3028 0000 3103 0000 3113 0000 3170 0000 3180 0000 3189 0000	Entschädigungen für Verwaltungstätigkeit Lehrmittel Anschaffungen IT-Anlagen Software Reise- und Spesenentschädigungen des Personals Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter		
<b>28)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	330 000 10 000 90 000 5 000 200 000 20 000 <u>655 000</u>	Minderheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin
	Neu	0	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Enthaltung	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Begründung	Kein innerer Zusammenhang		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 66 gegen 54 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

#### Antrag 29)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL):** Auch hier gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, ob ein innerer Zusammenhang gegeben ist oder nicht. Stadtrat Martin Waser hat den sicheren Weg gewählt und die Kreditübertragung in einen Zusatzkredit verwandelt. Die SVP erachtet eine solche Umwandlung als verboten. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass eine Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll ist. Allfällige Abklärungen können anschliessend erfolgen.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Aufgrund des Accounting Manual erachten wir die Kreditübertragung in dieser Form als nicht machbar. Die SVP fordert die 3 Mio. Franken über einen Zusatzkredit ein.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Der Stadtrat sagt nichts anderes, als dass der RPK Recht zu geben ist, falls zwischen den beiden Krediten kein innerer Zusammenhang besteht. Eine Mehrheit des Gemeinderats hat sich deshalb dazu hinreissen lassen, diese Kreditübertragung in einen einzelnen Zusatzkredit zu verwandeln. In der Gemeindeordnung steht nicht von ungefähr, dass der Gemeinderat das Budget festlegt und Zusatzkredite bewilligt. Dabei umfasst «festlegen» meiner Meinung nach auch die Anträge auf Veränderung des Budgets, während es in Sachen Genehmigung anders aussieht. Im konkreten Fall ist es wesentlich, dass es der Gemeinderat ist, der eine Verschlechterung beantragt. Dies geht unserer Meinung nach nicht. Es gibt noch einen weiteren Grund für unsere Ablehnung: Die AOZ soll kein zusätzliches Geld erhalten, weil sie damit vorläufig aufgenommenen Personen, die die Schweiz eigentlich längst verlassen haben müssten, den weiteren Aufenthalt ermöglichen würde.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Nicht der Gemeinderat, sondern der Stadtrat hat den Antrag zu diesen 3,9 Mio. Franken gestellt. Somit ist der Antrag formal richtig. Die Stadt Zürich ist verpflichtet, sich in diesem Bereich einzusetzen, eine Selbstfinanzierung der AOZ stand nie zur Diskussion. Die Aufgabe der AOZ ist es nur, die Mittel umzusetzen.

S. 28	<b>55</b> <b>5500</b>  von <b>5550</b> 3660 0600 3663 0000  nach <b>5500</b> 3660 0000	<b>Sozialdepartement</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b>  <b>Soziale Dienste</b> Beiträge für Betreuung von Kleinkindern Alimentenbevorschussung  <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> Beiträge an Private		
<b>29)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	600 000 3 300 000 3 900 000		--
	Neu 1	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP)
	Begründung 1	Kein innerer Zusammenhang		
	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3660 0000</b>	<b>Sozialdepartement</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beiträge an Private</b>		
	Antrag Stadtrat			
	Neu 2	3 900 000	Mehrheit	Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Verschlechterung 2	3 900 000		
	Begründung 2	Mehraufwand für Beiträge an Private ist ausgewiesen. Kreditübertragung nicht zulässig.		

40 / 43

→ Es soll keine Kreditübertragung erfolgen, sondern der Betrag in einen Zusatzkredit umgewandelt werden. D.h. die Entnahme der Beträge aus «Soziale Dienste» entfällt und es wird ein Zusatzkredit «Sozialdepartement Zentrale Verwaltung, Beiträge an Private» beantragt.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat (Kreditübertragung)	(3 900 000)	0 Stimmen
Antrag Minderheit (Kreditübertragung)	(0)	37 Stimmen
Antrag Mehrheit (Zusatzkredit)	(3 900 000)	83 Stimmen

Damit ist dem Antrag Mehrheit mit 83 Stimmen zugestimmt, womit die Quoren der gleichgeordneten Anträge und der Ausgabenbremse (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht sind.

Dispositivziffer A

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Zusatzkredite sind Bestandteil des Budgets. Heute Abend wurde das Budget um 33 Mio. Franken verschlechtert. Die in der Stadt Zürich herrschenden Devisen «Wer braucht und will, der bekommt» und «Hauptsache, die anderen zahlen» heissen wir nicht gut und lehnen die Zusatzkredite ab.

**Rebekka Wyler (SP):** Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass der Stadtrat in der Mehrzahl der Fälle gut begründet hat, warum im Laufe des Jahres noch Sachen auftreten, die finanziert werden müssen. Oft liegen die Gründe auch im übergeordneten Recht.

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Angst (AL):** Leider wurde unser Antrag zur Streichung der 100 000 Franken für den Swisspol-Index abgelehnt. Deshalb werden wir gleich stimmen wie die SVP, wenn auch aus ganz anderen Gründen.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Wir stimmen nicht mit grosser Euphorie zu. Über den negativen Wert im Budget sind wir keinesfalls erfreut. Wir sind aber der Meinung, dass einige notwendige Ausgaben darunter sind und stimmen deshalb zu.



41 / 43

Schlussabstimmung zur bereinigten Dispositivziffer A

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer A.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer A.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP)
Enthaltung	Walter Angst (AL)

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 28 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Dispositivziffer B

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Weil B fast gleich ist wie A, lehnen wir auch B ab.

**Rebekka Wyler (SP):** Richtig: Wer A sagt, sagt auch B. Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer B.

Schlussabstimmung zur bereinigten Dispositivziffer B

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer B.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer B.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP)
Enthaltung	Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

A. Für das Jahr 2012 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

<b>1. Zusatzkredite</b>		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	199 000	–	199 000
15	Präsidialdepartement	265 000	150 000	415 000
20	Finanzdepartement	3 040 300	–	3 040 300
25	Polizeiddepartement	588 000	960 000	1 548 000
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	637 800	–	637 800
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	1 028 800	–	1 028 800
40	Hochbaudepartement	693 000	–	693 000
45	Departement der Industriellen Betriebe	–	–	–
50	Schul- und Sportdepartement	21 762 900	–	21 762 900
55	Sozialdepartement	4 766 400	–	4 766 400
<b>Total Verwaltungsrechnung</b>		<b>32 981 200</b>	<b>1 110 000</b>	<b>34 091 200</b>
<b>2. Kreditübertragungen</b>		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	50 000	–	50 000
		–0	–0	–0
15	Präsidialdepartement	160 000	–	160 000
		–810 000	–0	–810 000
20	Finanzdepartement	790 600	–	790 600
		–166 000	–0	–166 000
25	Polizeiddepartement	395 000	–	395 000
		–395 000	–0	–395 000
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	35 400	–	35 400
		–0	–0	–0
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	–	350 000	350 000
		–50 000	–350 000	–400 000
40	Hochbaudepartement	–	–	–
		–0	–0	–0
45	Departement der Industriellen Betriebe	–	–	–
		–0	–0	–0
50	Schul- und Sportdepartement	1 384 500	–	1 384 500
		–1 384 500	–0	–1 384 500
55	Sozialdepartement	342 300	–	342 300
		–352 300	–0	–352 300
<b>Total Verwaltungsrechnung</b>		<b>3 157 800</b>	<b>350 000</b>	<b>3 507 800</b>
		<b>–3 157 800</b>	<b>–350 000</b>	<b>–3 507 800</b>

43 / 43

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Fr.	Fr.	Fr.
<b>a) in der Laufenden Rechnung</b>			
– den Zusatzkrediten von	32 981 200		
– den Kreditübertragungen von	3 157 800	<b>36 139 000</b>	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
– verursachte Minderaufwendungen aus den Kreditübertragungen von	3 157 800		
– durch Minderaufwendungen/Mehrerträge aus den Zusatzkrediten von	3 035 500	<b><u>6 193 300</u></b>	
sodass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von			<b>29 945 700</b>
<b>b) in der Investitionsrechnung</b>			
– den Zusatzkrediten von	1 110 000		
– den Kreditübertragungen von	350 000	<b>1 460 000</b>	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
– verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	350 000		
– durch Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	–	<b><u>350 000</u></b>	
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von			<b>1 110 000</b>
und somit die gesamtstädtische Rechnung insgesamt belastet wird mit netto			<b>31 055 700</b>

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. Juli 2012 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat